
Zu diesem Heft

"Bewegte Zeiten - Arbeit an der Zukunft" - unter diesem Motto stand die Wissenschaftliche Konferenz, die der DGB anlässlich seines 50-jährigen Jubiläums am 11. und 12. Oktober 1999 in München veranstaltete. Nach mehr als 16-jähriger Pause hatte der DGB zu seiner nunmehr dritten historisch-politischen Konferenz geladen.

Ein Vergleich mit den Veranstaltungen von 1979 und 1983 ist nur bedingt möglich. Stand die erste Wissenschaftliche Konferenz, ebenfalls in München, 1979 unter dem ehrgeizigen Anspruch „Aus der Geschichte lernen - Die Zukunft gestalten“, wobei es vor allem um die Geschichte der Weimarer Republik ging, und widmete sich die zweite Tagung 1983 in Dortmund der Niederlage und dem Widerstand der organisierten Arbeiterschaft gegenüber dem Nationalsozialismus, so stellte sich die hier zu dokumentierende dritte Konferenz ein überaus großes Ziel: Bestandsaufnahme von 50 Jahren DGB (genauer eigentlich: 40 + 10 Jahre) in der Bundesrepublik Deutschland und Ausblick in die Zukunft.

Lag der Akzent der vorangegangenen Konferenzen eindeutig auf der historischen Aufarbeitung, so war dieses Mal mehr die sozialwissenschaftliche Analyse aktueller Entwicklungen gefragt. Demgemäß dominierten auf den Podien die Vertreter sozialwissenschaftlicher Disziplinen, wobei die Übergänge zu den Vertretern der historischen Sozialwissenschaft selbstredend fließend sind.

Die Wissenschaftliche Konferenz gliederte sich in drei Teile: Die Eröffnung mit dem Referat von Robert B. Reich, Brandeis University, Arbeitsminister der ersten Clinton-Regierung, danach vier parallele, thematisch strukturierte Arbeitsgruppen und schließlich eine Podiumsdiskussion mit jungen Leuten und Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern über die Zukunft der Arbeit und die Zukunft der Gewerkschaften (die hier aus Platzgründen leider nicht dokumentiert werden kann).

„Für einen Wohlstand in Gerechtigkeit“ nannte Robert B. Reich seinen Vortrag, in dem er für einen neuen Gesellschaftsvertrag plädierte, der allen Menschen die Chance gäbe, die Herausforderungen der neuen Ökonomie anzunehmen.

Die Arbeitsgruppen beschränkten ein weites Feld der aktuellen historisch-politischen und sozialwissenschaftlichen Debatten. Sie folgten dabei einem gemeinsamen Ablaufschema, das sich in drei Schritte gliederte. Die beiden ersten Arbeitsphasen sahen jeweils zwei Impulsreferate vor, die den Stand der wissenschaftlichen und aktuellen politischen Debatten präsentierten und zur Diskussion stellten. In einem dritten Schritt wurde dann auf dieser Grundlage die Zukunftsdebatte geführt, bei der namhafte Gewerkschafter auf den Podien vertreten waren.

Die erste Arbeitsgruppe stand unter dem Titel „Einheitsgewerkschaft – Integrationsleistung und neue Herausforderungen“. Michael Fichter, FU Berlin, markierte die Weichenstellungen hin zur Gründung der Einheitsgewerkschaft; Dieter Wunder, der ehemalige Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, stellte den DGB „in seiner Glanzperiode um 1970“ vor. Ulrich von Alemann, Universität Düsseldorf, vertrat die These, dass „die Krise der Gewerkschaften ... eine zum großen Teil hausgemachte“ sei; und Dagmar

Deckstein, Süddeutsche Zeitung, sah „nur ein brauchbares Zukunftsmodell für gewerkschaftliche Organisationen: klein, vernetzt und flexibel.“

Weitere Aspekte zur Gegenwart und zur Zukunft der Einheitsgewerkschaft brachten Klaus Wiesehügel, Vorsitzender der Gewerkschaft Bauen, Agrar Umwelt sowie Heinz Putzhammer, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DBG, ein.

In der abschließenden Diskussion wurden insbesondere das Verhältnis zwischen Bund und Gewerkschaften sowie die Dienstleistungsfunktion der Gewerkschaften thematisiert.

In der zweiten Arbeitsgruppe stand das Thema Sozialstaat im Mittelpunkt. Klaus Schönhoven, Universität Mannheim, skizzierte die Sozialstaatsdiskussion und die Entwicklung des Sozialstaates in Deutschland seit 1945 und betonte, dass in der Sozialstaatlichkeit ein Gesellschaftsvertrag für die moderne marktwirtschaftlichfundierte Gesellschaft aufgehoben sei. Ilona Ostner, Universität Göttingen, erweiterte die Debatte durch ihr Referat zur Rolle des Staates im britischen Wohlfahrtsstaat, die sie als freischwebenden Etatismus charakterisierte. Dabei betonte sie die Pfadabhängigkeit nationaler Sozialpolitiken und Skepsis gegenüber der Verwendbarkeit von Erfahrungen aus Großbritannien für die aktuelle deutsche Debatte im Sinne eines „regime-shoppings“, wie es im Schröder-Blair-Papier angelegt ist.

Gerhard Leminsky, vormals Geschäftsführer der Hans-Böckler-Stiftung, sprach zum Thema Mitbestimmung, wobei er für eine neue Qualität von Mitbestimmung im Sinne von betrieblicher Mitgestaltung und entsprechend differenzierter Tarifpolitik plädierte.

Stephan Leibfried, Universität Bremen, widmete sich dem Thema „Sozialstaat Europa?“. Er skizzierte die bisherigen sozialpolitischen Integrationsprozesse in Europa und entwarf Perspektiven für eine neue europäische Sozialpolitik.

Die abschließende Zukunftsdebatte leiteten Herbert Mai, Vorsitzender der ÖTV, und Jürgen Peters, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, ein. Umstritten waren Leminskys Thesen zur Flexibilisierung der Tarifpolitik; ebenso wurden Erfahrungen aus der Wohlfahrtsstaatspraxis in Großbritannien als nicht übertragbar für Deutschland bezeichnet. Das Thema Europa kam aufgrund der vorangegangenen angeregten Diskussion kaum noch ins Gespräch - es hätte eine eigene Arbeitsgruppe verdient.

Die dritte Arbeitsgruppe widmete sich dem Thema „Einmischung des DGB in die Politik“. Klaus Tenfelde, Universität Bochum, sprach zum Thema „Das Selbstverständnis des DGB als politische Einheitsgewerkschaft“, wobei es ihm vor allem darum ging, die historischen Rahmenbedingungen einheitsgewerkschaftlichen Handelns aufzuzeigen. Inge MarBolek, Universität Bremen, plädierte in ihrem Beitrag „Der DGB und die neuen sozialen Bewegungen“ für eine Neubegründung der Gewerkschaft als soziale Emanzipationsbewegung, was eine Reformulierung in feministischer und ökologischer Perspektive sein müsse. Daran anschließend sprach Walther Müller-Jentsch, Universität Bochum, über die Rolle der Gewerkschaften in wirtschaftspolitischen Theorien und die Veränderung in den wirtschaftspolitischen Konzepten der Gewerkschaften. Er setzte damit einen breiten theoretischen Rahmen, an den der Beitrag von Wolfgang Streeck, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln, anschließen konnte. Streecks Referat unter dem Titel „Die Gewerkschaften im Bündnis für Arbeit“ darf sicherlich als ein besonders herausfordernder Beitrag der Konferenz bezeichnet werden. Einmal mehr warb Streeck für eine neue Arbeitsmarktpolitik, die sich von der alten „Stilllegungspolitik“ durch immer weitere Eingrenzungen des Arbeitsmarktes verabschieden müsse.

Mit Statements von Ursula Engelen-Kefer, stellv. DGB-Vorsitzende, und Detlef Hensche, Vorsitzender der IG Medien, wurde die Abschlussrunde eingeleitet. Nochmals standen die Analysen und Vorschläge Streecks im Mittelpunkt, wobei immer wieder die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit auftauchte.

Die vierte Arbeitsgruppe stand unter dem Thema „Gesellschaftlicher Wandel und Programmatik der Gewerkschaften“. Michael Schneider, Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn, skizzierte die programmatische Entwicklung des DGB anhand der Grundsatz- und Aktionsprogramme von 1949 bis 1997. Sein Fazit: Die Programme waren und sind Antworten auf Probleme der jeweiligen Zeit und daher auch an diese Zeit gebunden. Danach referierte Hermann Schwengel, Universität Freiburg, über den sozialen und kulturellen Wandel in der Bundesrepublik. Nach seiner Analyse ist das erfolgreiche System der alten Bundesrepublik „eingeklemmt“ zwischen den Kräften von Globalisierung und Individualisierung.

Die beiden folgenden Beiträge widmeten sich der Entwicklung in Ostdeutschland vor und nach der Wende von 1989/90. Peter Hübner, Zentrum für zeithistorische Forschung Potsdam, beschrieb den FDGB als Massenorganisation der SED aus doppelter Perspektive: im politischen System und in der Erfahrung der Arbeitnehmer. Eva-Maria Stange, Vorsitzende der GEW, schilderte ihre eigene ostdeutsche Biographie in der gesamtdeutschen Gewerkschaft. Sie vertrat die Auffassung, bis heute gebe es „noch keine echte gesamtdeutsche Gewerkschaftslandschaft“ und betonte die Notwendigkeit, gemeinsam neue Wege zur Mitgliedergewinnung und -bindung zu suchen.

An der Abschlussrunde beteiligten sich auch Regina Görner, langjähriges Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand der DGB und neue Arbeits-, Gesundheits-, Frauen- und Sozialministerin des Saarlandes, sowie der Vorsitzende der Gewerkschaft NGG, Franz-Josef Möllenberg. Weitgehend positiv bewertete das Podium das aktuelle DGB-Grundsatzprogramm, diskutiert wurde vor allem über die Frage, wie es in Handeln umgesetzt werden kann. Gefordert wurde neben einer Stärkung des DGB auch dessen Bereitschaft, sich im Wandel der deutschen Gewerkschaftslandschaft auf eine neue Rolle im Zusammenspiel mit den Einzelgewerkschaften einzustellen.

Erwähnung verdient noch, dass die Konferenz in einem nahezu zweijährigen Prozess unter Beteiligung aller DGB-Gewerkschaften und namhafter Wissenschaftler konzipiert und kollegial vorbereitet worden ist. Die Konferenz wie auch die Vorbereitungen selbst dürfen als ein Beitrag zur Intensivierung der Diskussionskultur im DGB gelten, der helfen mag, eine manchmal anzutreffende Sprachlosigkeit zu verhindern.

Die vorliegende „Dokumentation“ folgt insgesamt dem Bandmitschnitt, wobei stark gekürzt werden müsste, insbesondere in den Diskussionsteilen.

*Hans O. Hemmer/
Wolfgang Jäger/
Hartmut Simon/
Michael Zimmermann*